

Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann
Vorsteher des Eidgenössischen Departements für
Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Schwanengasse 2
3003 Bern

elektronischer Versand

swissuniversities

Vorstand swissuniversities

Bern, 13. April 2015

Martine Rahier
Präsidentin
T 032 718 10 20
martine.rahier@
swissuniversities.ch

Stellungnahme von swissuniversities zur Änderung des Berufsbildungsgesetzes (BBG): Stärkung der höheren Berufsbildung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

swissuniversities
Effingerstrasse 15, Postfach
3000 Bern 1
www.swissuniversities.ch

Wir danken für die Möglichkeit, sich im Rahmen der Vernehmlassung zur der Änderung des Berufsbildungsgesetzes zur Stärkung der höheren Berufsbildung zu äussern.

Die folgende Stellungnahme stützt sich auf Rückfragen bei betroffenen Pädagogischen Hochschulen:

Grundsätzliches

Die vorliegenden Gesetzesänderungen werden grundsätzlich begrüsst. Sie entsprechen im Wesentlichen den Hauptanforderungen nach einem subjektorientierten Finanzierungssystem und einer Regelung auf Bundesebene.

Im Detail sowie insbesondere im Hinblick auf eine noch auszuarbeitende Verordnung möchten wir einige Anregungen anbringen.

Nachfrageorientiertes Finanzierungssystem

Wir begrüssen im Grundsatz den Systemwechsel von der objekt- zur subjektorientierten Finanzierung (Art. 52 Abs. 3 Bst. d). Auch die Intention der direkten Unterstützung der Absolventinnen und Absolventen von eidgenössischen Prüfungen (Kriterium: Prüfung) wird unterstützt. Die Beitragsbeschränkung von höchstens 50 Prozent der „anrechenbaren Kurskosten“ wird grundsätzlich befürwortet (Art. 56a Abs. 2). In diesem Zusammenhang ist aber die notwendige Definition von „anrechenbaren Kursgebühren“ in der Verordnung breiter zu fassen, als dies im Erläuternden Bericht erwähnt wird.

Die Finanzierung knüpft an die Zulassung zur eidgenössischen Prüfung an. Die Verknüpfung mit den Vorbereitungskosten darf jedoch nicht dazu führen, dass von staatlicher Seite Einfluss auf die Gestaltung des Kursangebotes genommen wird.

Wir würden es hingegen begrüssen, wenn die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den Berufsreformen in der beruflichen Grundbildung (Masterplan) genutzt würden, um auch die

swissuniversities

Prüfungsordnungen und Rahmenlehrpläne in der höheren Berufsbildung in einem systematischen Prozess mit den Verbundpartnern weiterzuentwickeln und an die aktuellen Bedürfnisse der Wirtschaft anzupassen.

Zuständigkeitswechsel von den Kantonen zum Bund

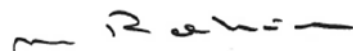
Wir begrüssen den Kompetenzwechsel von den Kantonen zum Bund. Es sind jedoch grosse Bedenken zum erhöhten administrativen Aufwand vorhanden, und insbesondere die Mehraufwendungen, die neu bei den Trägerschaften angesiedelt sind, schätzen wir als zu hoch ein.

Für uns bleibt die zudem Frage offen, ob der Bund über genügend Aufsichtsmöglichkeiten und Instrumentarien verfügt, um die Qualität auch bei der subjektorientierten Finanzierung zu gewährleisten. Eine weitergehende Prüfung wird hier unterstützt.

Die Möglichkeit der zusätzlichen kantonalen Finanzierung darf das neue, auf Nachfrage orientierte System auf keinen Fall unterlaufen. Es ist darauf zu achten, dass auf kantonalen Ebene die zukünftig noch angebotsorientierte Finanzierung zum Schutze von regional- wie sprachspezifischen Angeboten in einem klar definierten Rahmen abläuft. Die Freizügigkeit der Kurse muss für die Teilnehmenden gewährt bleiben, egal in welchem Kanton er oder sie wohnhaft ist.

Beim diskutierten System- wie Kompetenzwechsel ist es zentral, dass negative Auswirkungen auf das gesamte Finanzierungssystem nicht zu unerwünschten Nebenwirkungen, bzw. Einsparungen im Bildungsbereich führt. Insbesondere darf das zusätzliche Engagement in der höheren Berufsbildung nicht zulasten des Hochschulbereichs gehen.

Freundliche Grüsse



Prof. Dr. Martine Rahier
Präsidentin swissuniversities



Prof. Dr. Hans-Rudolf Schärer
Vizepräsident swissuniversities